



| Vorstand



# IGMmigration

RESSORT MIGRATION

## Bunt wie das Leben: Jugendliche mit Migrationshintergrund

- And the future is wide open ?
- Jugendlichen mehr Zeit geben, statt weniger !
- Kommentar „Bildungssystem ade“
- „Wohin mit den Kindern ?“ – Vereinbarkeit von Arbeit und Lernen



Merhaba  
 Hello Buon giorno καλημερα  
 Buenos días Guten Tag Bonjour  
 Bom dia Dobar dan Здравствуйте!

Willkommen zur neuesten Ausgabe von IGMigration!

Ausbildung wird in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem raren Gut. Die Arbeitgeber lehnen es ab, die nötige Anzahl an Ausbildungsplätzen zu ermöglichen. Dabei müssen mindestens 604.000 neue Arbeitsverträge geschlossen werden, damit sich die Situation der Jugendlichen nicht dramatisch verschlechtert. Aber die Arbeitgeber verweigern ihren Beitrag für eine tragfähige Zukunft unserer Gesellschaft.

Es darf nicht soweit kommen, dass die Krise auf dem Rücken der Jugend ausgetragen wird. Wir als IG Metall werden alles tun, damit die Jugend nicht noch mehr Perspektiven verliert. Für alle Betriebsräte und aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist dies eine besondere Herausforderung. Sie müssen sich mit und für die Jugend engagieren und ihnen Platz einräumen, damit sie ihre Ideen einbringen können. Das heißt aber auch, dass Betriebsräte und Gewerkschafter dem immer weiter verstärkenden Ausleseprozess entgegen wirken müssen. Sie müssen dafür sorgen, dass Jugendliche, unabhängig von ihrer Herkunft, die gleichen Chancen auf einen Ausbildungsplatz bekommen. Wir werden alles dafür tun, dass ein Existenz sichernder Arbeitsplatz auch in Zukunft die Regel und nicht die Ausnahme ist.

In den Gesprächen zum Nationalen Integrationsplan haben wir klare Handlungsmöglichkeiten zur Integrationsförderung benannt. Wir haben uns dazu verpflichtet, Integration in den Betrieben zu fördern. Der Bericht der Bundesintegrationsbeauftragten zum Stand der Integrationsbemühungen zeigt jedoch die Defizite bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes. Sie stagniert, schlimmer noch: Die Lage wird schlechter. Dafür ist auch die Bundesregierung verantwortlich. Für uns ist das Auftrag, uns noch mehr für eine Stärkung des Arbeitsmarktes und besonders für ausreichende Ausbildungsplätze einzusetzen. Wir fordern die Politik zum Handeln auf: Jedem Jugendlichen muss die Möglichkeit für eine Ausbildung und damit eine Perspektive ermöglicht werden.

Wir müssen gemeinsam eine Zukunft für die Jugendlichen schaffen - mit ihnen und für sie!

Wolfgang Rhode  
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

## impresum

Herausgeber: Wolfgang Rhode, IG Metall Vorstand, Frankfurt a. M.

Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2524, E-Mail: [igm-migration@igmetall.de](mailto:igm-migration@igmetall.de)

Redaktion: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, Düsseldorf

Konzept und Gestaltung: kus-design, Mannheim; Maria Peitz, IG Metall Vorstand // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

Titelfoto: Jan Michalko



news-ticker

inhalt

- 4 **AND THE FUTURE IS WIDE OPEN?  
JUGENDLICHE MIT MIGRATIONS-  
HINTERGRUND**
- 7 **KOMMENTAR:  
PROF. DR. MICHAEL HARTMANN  
„BILDUNGSSYSTEM ADE“**
- 8 **DEIN RECHT**
- 9 **JUGENDLICHEN MEHR ZEIT GEBEN STATT  
WENIGER**
- 12 **„ICH MÖCHTE NICHT DIE NÄCHSTEN  
JAHRE SCHEINWERFER PRODUZIEREN!“**
- 14 **MARKTPLATZ**
- 16 **ZU GUTER LETZT**



**++INTEGRATIONSMONITORING** — IM NATIONALEN INTEGRATIONSPLAN (2007) WURDEN RUND 400 MASSNAHMEN UND AKTIVITÄTEN VON BUND, LÄNDERN, KOMMUNEN, MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN SOWIE WICHTIGEN GESELLSCHAFTLICHEN INSTITUTIONEN VERABREDET. NUN LIEGT DER ERSTE BERICHT ZUM BUNDESWEITEN INTEGRATIONSMONITORING VOR. BT-DRUCKSACHE: UNTERRICHTUNG DURCH DIE BEAUFTRAGTE FÜR MIGRATION, FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION, [HTTP://DIP21.BUNDESTAG.DE/DIP21/BTD/133/1613300.PDF](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/133/1613300.pdf)

**++ INTEGRATION DER DRITTSTAATENANGEHÖRIGEN ERLEICHTERN** — DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION WILL EINWANDERERN AUS DRITTSTAATEN (STAATEN AUSSERHALB DER EUROPÄISCHEN UNION) LANGFRISTIG DIE GLEICHEN RECHTE VERSCHAFFEN, WIE EU-BÜRGERN. ZWAR KÖNNEN SICH EINWANDERER, DIE SEIT MINDESTENS FÜNF JAHREN LEGAL IN EINEM EU-LAND LEBEN, AUCH IN DEN ÜBRIGEN 26 LÄNDERN NIEDERLASSEN. DER ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT WIRD DAVON ABHÄNGIG GEMACHT, OB EIN EU-BÜRGER/–BÜRGERIN FÜR DIE STELLE ZUR VERFÜGUNG STEHT. DIE EU-KOMMISSION WILL EINE FLEXIBLE MIGRATIONSPOLITIK EINFÜHREN, UM INTEGRATION ZU FÖRDERN, ILLEGALE MIGRATION ABER ZU BEKÄMPFEN. **++ VON DER ZUWANDERUNG PROFITIERT** — NACH EINER STUDIE DES INSTITUTS FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (IAB) PROFITIERT DEUTSCHLAND WIRTSCHAFTLICH LANGFRISTIG DURCH DIE EINWANDERUNG VON ARBEITSKRÄFTEN. SO ERHÖHTE DIE ZUWANDERUNG DAS BRUTTOINLANDSPRODUKT IN DER ERWEITERTEN EU SEIT 2004 UM 0,2 PROZENT. FÜR DEUTSCHLAND GEHEN DIE FORSCHER VON EINEM ANSTIEG DER ZUWANDERUNG AUS. „DAVON WÜRDIE DIE EINHEIMISCHE BEVÖLKERUNG LANGFRISTIG DURCH HÖHERE EINKOMMEN AUS ARBEIT UND VERMÖGEN PROFITIEREN“. DIE IAB-STUDIE ZUM HERUNTERLADEN: [HTTP://DOKU.IAB.DE/KURZBER/2009/KB0909.PDF](http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb0909.pdf)



# And the future is wide open?

## Jugendliche mit Migrationshintergrund

*Der Jugend heller Tage: Die Zukunft noch vor sich, alle Möglichkeiten und Wege frei. Oder wie Tom Petty sang: „And the future is wide open.“ Aber die Wirklichkeit sieht anders aus: Dauer-Praktika, befristete Beschäftigung, unsichere Jobs. Die Möglichkeiten der Jugend sind bei weitem nicht so offen und frei, wie wir gerne glauben möchten. Die IG Metall hat Jugendliche nach ihrer persönlichen Lage und ihren Zukunftserwartungen gefragt – das Ergebnis: Sie sind motiviert, werden aber ausgebremst.*

Während lange Zeit eine Ausbildung und anschließend die Übernahme im Betrieb der gängige Weg war, wird dies mehr und mehr zur Ausnahme, so der Schluss der Studie „Motiviert – aber ausgebremst“ Persönliche Lage und Zukunftserwartungen der jungen Generation, TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall, April 2009“ ([www.igmetall.de](http://www.igmetall.de) und [www.gutes-leben.de](http://www.gutes-leben.de)). Jeder vierte Jugendliche ist nach Abschluss der schulischen oder beruflichen Ausbildung länger als sechs Monate arbeitslos, jeder Dritte findet nicht den Ausbildungsplatz, der seinen Wünschen entspricht. Zwei Drittel der

jungen Beschäftigten bekommen nach ihrer Ausbildung keinen unbefristeten Job, sondern müssen sich mit befristeten Stellen, Leiharbeit, Teilzeitjobs und Praktika auseinandersetzen. Langfristige Lebensplanung? Nicht möglich, wenn man von einem befristeten Job in den nächsten geht. Da tröstet es nicht, dass nur acht Prozent der Jugendlichen für längere Zeit arbeitslos werden und innerhalb eines Jahres wieder Arbeit finden. Denn generell bleiben die unsicheren Bedingungen für sie bestehen. So haben zwei Drittel der Menschen, die 35 Jahre und jünger sind, Erfahrungen mit prekären Jobs. Das Erschreckende da-

ran: Es trifft Alle, ob mit oder ohne Ausbildung. **Soziale Herkunft bestimmt Schulabschluss** Zwar liefert die Studie der IG Metall keine gesonderte Auswertung für Menschen mit Migrationshintergrund. Allerdings zeigen viele anderen Untersuchungen, dass sich die Situation für junge Menschen mit Migrationshintergrund noch verschärft darstellt. So kam soeben eine Studie im Auftrag der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass die Jobchancen von Migrantinnen und Migranten nach wie vor geringer und ihr Armutsrisiko



titelthema

höher sind. Jugendliche mit Migrationshintergrund arbeiten häufiger als An- und Ungelernte und sind daher stärker von Arbeitslosigkeit bedroht. Das liegt nicht unbedingt an ihrem Ausländerstatus oder dem der Eltern. Verschiedene Gründe greifen ineinander. So wurde ein Großteil der ersten Generation für Beschäftigungen angeworben, die durch Anlernen ausgeführt werden konnten, eine Ausbildung war nicht von Nöten. Akademiker und Akademikerinnen hatten eher Sonderstatus.

Schon die Pisa-Studie kam zu dem Schluss: Der Schulabschluss wird von der sozialen Herkunft mitbestimmt. Das heißt, das soziale und berufliche Leben der Eltern hat starken Einfluss auf die schulische und berufliche Ausbildung und damit die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung erreichen nur 46 Prozent der Kinder aus Nichtakademikerhaushalten einen Abschluss in der Sekundarstufe 2, nur die Hälfte dieser Kinder beginnt anschließend ein Studium. Akademikerkinder schließen dagegen zu 88 Prozent die Sekundarstufe 2 mit einem Abschluss ab und fast alle – 94 Prozent – starten anschließend ein Studium. Wer also bereits benachteiligt ist, der wird im deutschen Bildungssystem mit hoher Wahrscheinlichkeit diesen Nachteil nicht mehr wettmachen können. Da verwundert es nicht, wenn nach dem Berufsbildungsbericht 2009 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshin-

tergrund doppelt so häufig die Schule ohne Abschluss verlassen wie deutsche Jugendliche. Zu den Forderungen der IG Metall gehört deshalb eine umfassende Bildungsreform. Das deutsche Bildungssystem fördert ungleiche Chancen statt allen Jugendlichen die ihnen zustehenden Optionen zu ermöglichen. Das bisherige dreigliedrige Schulsystem wählt nach falschen Kriterien aus. Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund werden hier benachteiligt.

**Ungleiche Chancen bei der Berufswahl**

Neben einer schlechteren Ausgangssituation bei der schulischen Ausbildung stehen junge Menschen mit Migrationshintergrund allerdings auch ungleichen Chancen bei der Berufswahl entgegen. Nach dem aktuellen Berufsbildungsbericht liegt die Ausbildungsbeteiligungquote junger Ausländerinnen und Ausländer mit knapp 24 Prozent deutlich unter der junger Deutscher (knapp 58 Prozent). Das liegt nicht etwa daran, dass sie keine Ausbildung machen möchten. Nach einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) haben Jugendliche mit Migrationshintergrund nach der allgemeinbildenden Schulzeit ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung, wie deutsche

Jugendliche. Aber rechtliche Einschränkungen und Diskriminierungen erschweren ihren Einstieg in die Arbeitswelt. So haben Jugendliche mit Migrationshintergrund, selbst bei gleichen Schulnoten in den Kernfächern Mathematik und Deutsch, nicht die gleichen Chancen wie junge Menschen ohne Migrationshintergrund. Vorbehalte von Unternehmern und Personalverantwortlichen verhindern ihre Beschäftigung. Der Wissenschaftler Klaus Dörre betont in der Broschüre „Junge Generation. Motiviert – aber ausgebremst“ der IG Metall: „Jugendliche mit Migrationshintergrund werden auch bei gleicher Qualifikation bei der Suche nach Ausbildungsplätzen systematisch diskriminiert.“

**Ausbildungsplätze erhöhen**

Gleichzeitig muss aber auch die berufli-

**Ausbildungsquote nach Staatsangehörigkeit 1993 bis 2007**

Jahr	Deutsche Auszubildende	Ausländische Auszubildende
1993	70	33
1994	67	34
1995	66	33
1996	65	33
1997	65	32
1998	63	31
1999	65	30
2000	63	30
2001	63	29
2002	61	28
2003	60	27
2004	59	25
2005	58	24
2006	57	24
2007	58	24

Quelle: Statistisches Bundesamt, BIBB 2009



che Ausbildung für die Jugendlichen wieder eine Option sein. Das „Parken“ in Übergangssystemen bietet keine Möglichkeiten. „Die Anzahl der Ausbildungsplätze muss erhöht werden – gerade jetzt in der Krise“, betont Martin Barthman, politischer Sekretär im Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim IG Metall Vorstand. „Es kann nicht auf der einen Seite ein Facharbeitermangel von der Wirtschaft beklagt werden, auf der anderen Seite aber Ausbildung mit Hinweis auf die schwierige Situation in der Finanz- und Wirtschaftskrise verweigert werden. Eine Ausbildungsplatzabgabe würde hier die Entscheidung für viele Unternehmen vermutlich erleichtern.“ Jugendliche wollen mit gestalten und sich engagieren. Ihnen muss jedoch auch die Möglichkeit dazu gegeben werden. Der massive Anstieg von unsicheren Arbeitsverhältnissen in den letzten Jahren ist vor allem eine Folge von Gesetzesänderungen. Zwar haben Gewerkschaften und Betriebsräte schon viel dafür getan die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu ändern. Die IG Metall unterstützt die Forderungen der Jugendlichen zum Beispiel mit der Aktion Übernahme [siehe Kasten S. 5]. Aber langfristig kann die Situation sich nur verändern, wenn der Gesetzgeber reagiert und weitere Verschlechterungen verhindert und die bisherigen Regelungen aufhebt.

**Jugendliche: Motiviert und engagiert - Die IG Metall bietet Möglichkeiten**

Wenn man sich die schlechten Aussichten der Jugend ansieht, erstaunt es um-

**Land JAV-Mitglieder**

Türkei	215
Italien	56
Griechenland	17
Portugal	14
Bosnien-Herzegowina	12
Kroatien	12
Mazedonien	6
Polen	6
Jugoslawien	5
Slowenien	5
Spanien	5
Albanien	3
Marokko	2
Andere	20

Quelle: Berechnungen der IG Metall, Ressort Migration, September 2008

so mehr, wie engagiert und interessiert viele von ihnen sind. 68 Prozent der jungen Beschäftigten erklärten in der Umfrage der IG Metall, dass sie sich persönlich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen möchten. Die IG Metall will diese hohe Motivation der jungen Beschäftigten fördern. Und sie möchte in den Betrieben den Raum und die Möglichkeiten schaffen, dass die Jungen ihre Interessen noch besser vertreten können. So kommt beispielsweise der Wissenschaftler Hans-Joachim Roth in der Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung zum Schluss: „Trotz oftmals erlebter Benachteiligungen haben Heranwachsende mit Migrationshintergrund eine starke demokratische Grundeinstellung und ein Interesse an der gesellschaftlichen Partizipation.“: Dies ist wohl mit ein Grund, weshalb über 370 ausländische Jugendliche in Jugend- und Auszubildendenvertretungen aktiv sind. „Allerdings machen diese nur vier Prozent der gesamten Anzahl in den Jugend- und Auszubildendenver-

vertretungen aus,“ relativiert Maria Kallinikidou vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand. Ihre Kollegin Petra Wlecklik sieht hier einen gezielten Auftrag an die IG Metall. „Im Rahmen der Migrationsarbeit müssen gezielt Jugendliche angesprochen,“ erklärt sie. „Wir sind überaltert und müssen einen Verjüngungsprozess einleiten. Das heißt für uns, dass wir gezielt Jugend- und Auszubildendenvertretungen und andere Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen. Wir möchten sie an unseren Seminaren und für die Arbeit im Migrationsausschuss interessieren.“ Sie betont, dass sich das nicht von selbst ergebe, sondern aktiv Jugendliche eingebunden werden müssen. Die Jugend will ihre Chance, sie will mitbestimmen und sich engagieren. Dazu sollte ihr die Möglichkeit gegeben werden. Die IG Metall setzt sich für sie ein. Es geht darum gleiche Chancen für alle zu schaffen. Nur so kann die Zukunft wieder werden, was sie einst war: offen und frei.

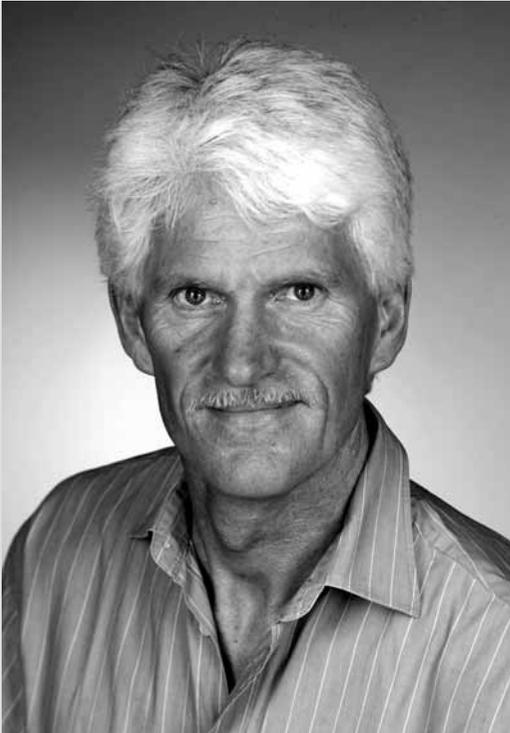
**Zum Weiterlesen:**

Aus Politik und Zeitgeschichte, hg.v. der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 5/2009: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Berufsbildungsbericht 2009, hg.v. Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2009

[http://www.bmbf.de/pub/bbb\\_09.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf)



54 % ohne anerkannte berufliche Qualifikation. Bei den 25- bis 34-jährigen sind es „nur“ knapp 42 %. Der wesentliche Grund dafür ist einfach. Nur gut jeder vierte ausländische Jugendliche erhält heute nach dem Ende der Schulzeit einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Die große Mehrheit verbleibt in den verschiedenen staatlichen Übergangsmaßnahmen. Höhere Bildungsabschlüsse sind für die Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien sogar weitgehend unerreichbar. Nicht einmal jeder ach-

taus sein. Der Übergang zum Gymnasium ist aber entscheidend, da er den weiteren Bildungs- und Berufsverlauf sehr stark vorbestimmt.

**Zweitens** erhalten Migrantenkinder in der Regel nicht die Unterstützung, die vor allem angesichts ihrer sprachlichen Probleme nötig wäre. Vorschulische Bildungseinrichtungen, die die herkunftsbedingten Nachteile verringern könnten, stehen für Kinder bis zu drei Jahren in völlig unzureichendem Maße zur Verfügung. Gerade einmal 8,1 % dieser Altersgruppe können in Westdeutschland, wo die überwiegende Mehrheit der Migranten wohnt, in eine Kindertageseinrichtung gehen. Bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren verbessert sich die Situation zwar erheblich, vor allem die Öffnungszeiten bleiben aber ein großes Problem. Ganztägige Angebote existieren in Westdeutschland gerade einmal für ein Fünftel der Kinder, die einen Kindergarten besuchen. In der Schule setzen sich die Probleme dann fort. Es mangelt nicht nur an Ganztagschulen, es fehlen auch spezielle Sprachkurse oder eine besondere Betreuung durch dafür ausgebildete Migranten, die ihrer jeweiligen Heimatsprache mächtig sind. Dies ist z. B. in den skandinavischen Ländern üblich. Hier ist noch sehr viel zu tun. Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die ganztägige Betreuung sind, soweit es das Bildungssystem betrifft, dabei die zwei entscheidenden Ansatzpunkte.

**Prof. Dr. Michael Hartmann**  
*Technische Universität Darmstadt*

## Bildungssystem ade

In den 1960er Jahren war die katholische Arbeiterochter vom Lande das Sinnbild für die Bildungsmisere in Deutschland. Heute ist es der männliche türkische Jugendliche aus einer Arbeiter- oder Arbeitslosenfamilie. Er symbolisiert das Versagen des deutschen Bildungssystems, vor allem gegenüber den Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Nahezu drei Viertel der türkischen Jugendlichen bleiben ohne jegliche weitere Ausbildung nach dem Ende der Pflichtschulzeit. Bei allen Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind es immerhin auch noch 44 %, dreimal so viele wie bei den gleichaltrigen Deutschen. Dazu kommt, dass sich die Situation in den letzten Jahren weiter verschlechtert statt verbessert hat. Die jüngeren sind schlechter ausgebildet als die älteren. Bei den 20- bis 24-jährigen bleiben fast

te von ihnen besucht ein Gymnasium und an eine Hochschule schafft es nur ungefähr jeder zehnte. Für diese katastrophale Lage sind in erster Linie zwei Gründe verantwortlich:

**Erstens** leiden Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund unter den Benachteiligungen, mit denen Arbeiterkinder im deutschen Bildungssystem generell konfrontiert werden. Weil sie zu einem wesentlich höheren Prozentsatz aus Arbeiterfamilien stammen, trifft sie die soziale Schieflage aber stärker als die Deutschen gleichen Alters. Das gilt besonders für den Besuch des Gymnasiums. Um eine Gymnasialempfehlung durch die Lehrkräfte der Grundschule zu bekommen, müssen Kinder von un- und angelernten Arbeitern in ihrer Leistung Kindern aus klassischen Akademikerfamilien volle eineinhalb Schuljahre vo-



## Sozialhilfe auch für Ausländer und Ausländerinnen

Wenn EU-Bürger und –Bürgerinnen in der Bundesrepublik beschäftigt waren, haben sie in Deutschland bei Arbeitslosigkeit ein Recht auf Sozialhilfe. So urteilte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Hintergrund des Urteils ist die Klage zweier Griechen. Beide waren kurze Zeit in Deutschland beschäftigt gewesen, hatten dann aber ihre Arbeit verloren. Das Sozialgericht Nürnberg vertrat die Auffassung, die beiden Griechen hätten keinen Anspruch auf Sozialhilfe, weil sie zu kurz in Deutschland beschäftigt waren. Die Richter am Europäischen Gerichtshof urteilten dagegen anders, da sie einen Verstoß gegen das EU-Recht feststellten. Sie forderten das Sozialgericht auf, die Arbeitnehmereigenschaft erneut zu überprüfen. Möglicherweise hätten die Kläger zumindest für sechs Monate nach Verlust ihrer Arbeitsstelle Anspruch auf Sozialhilfe gehabt.

AZ C-22/08 vom 4. Juni 2009

Urteil unter <http://curia.europa.eu>

## Freiwilliges Soziales Jahr für Geduldete möglich

Mit der im Januar diesen Jahres in Kraft getretenen Beschäftigungsverordnung wurde die Aufnahme eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) bzw. eines Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) für Geduldete vereinfacht. Demnach muss nur noch die Auslän-

derbehörde dem FSJ/FÖJ zustimmen, eine Arbeitsmarktüberprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit entfällt nun. Bislang hatte die Bundesagentur für Arbeit eine sogenannte Vorrangprüfung durchgeführt, wonach Deutsche und EU-Ausländer und EU-Ausländerinnen bei der Vergabe der offenen Stelle bevorzugt werden. Asylsuchenden und Geduldeten, die sich über ein Jahr in Deutschland aufhalten, kann damit unabhängig von der Arbeitsmarktlage eine Beschäftigungserlaubnis für ein FSJ/FÖJ erteilt werden.

## Neue EBR-Richtlinie tritt in Kraft

Nach mehr als fünf Jahren konnte das Verfahren zur Überarbeitung der EU-Richtlinie über Europäische Betriebsräte im Juni abgeschlossen werden und trat am 5. Juni 2009 in Kraft. Zuvor war die Neufassung der Richtlinie immer wieder vom Europäischen Verband der Industrie- und Arbeitgeberverbände (BusinessEurope) behindert worden. Die Nachbesserungen der Richtlinie zum EBR betreffen im Wesentlichen einige neue bzw. neu gefasste Bestimmungen zum Verfahrensrecht bei der Einrichtung künftiger EBR. So wurde die Situation bei betrieblichen Arbeitnehmervertretungen und bei den Gewerkschaften bei der EBR Gründung verbessert. Außerdem wurden Grundlagen geschaffen, um die Arbeit im EBR selbst effektiver zu gestalten. Allerdings gilt die neue

Richtlinie nicht für Artikel-13-Vereinbarungen. Europäische Betriebsräte, die vor September 1996 gegründet wurden, sind damit ausgenommen. Sie machen im Organisationsbereich der IG Metall fast 40 Prozent aus.

## Deutsche auf Abruf – bis zum Widerruf

Mit der Änderung des Zuwanderungsgesetzes wurde 2001 das sogenannte Optionsmodell eingeführt. Danach erhalten in Deutschland geborene Kinder von Ausländern bzw. Ausländerinnen zunächst zwei Staatsangehörigkeiten: die Deutsche sowie die der Eltern. Im Alter von 18 Jahren müssen sie sich für eine dieser Staatsangehörigkeiten entscheiden. Die ersten Kinder erhalten nun ein Schreiben, in dem sie aufgefordert werden, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Wenn sie sich nicht melden, verlieren sie automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit und geben damit z. B. das Wahlrecht in Deutschland auf. Der DGB und die Gewerkschaften kritisieren das Optionsmodell. Zehntausende volljähriger deutscher Jugendlicher sind in den nächsten Jahren davon betroffen. Ein schneller Verzicht auf den Optionszwang würde die ungerechte Behandlung dieser Jugendlichen beenden. Sie sollten, ebenso wie jene Doppelstaatsangehörigen, die aus Partnerschaften zwischen Deutschen und Nichtdeutschen stammen, ihre Staatsangehörigkeiten ein Leben lang behalten können. [www.wider-den-optionszwang.de](http://www.wider-den-optionszwang.de)



Foto:dpa

## Jugendlichen mehr Zeit geben, statt weniger!

### Ein Tarifvertrag sorgt in Nordrhein-Westfalen für die Förderung von Ausbildungsfähigkeit

Die Anzahl der Ausbildungsplätze sinkt in den letzten Jahren stetig. 2008 fiel ihre Zahl trotz der damals noch guten Ausgangslage um 1,5 Prozent, in diesem Jahr dürfte die Zahl vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise noch stärker abfallen. „Und dies, obwohl das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die deutsche Wirtschaft oder der Staat dafür Sorge zu tragen hat, dass es ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot gibt“, kritisiert Thomas Hay, Bezirksjugendsekretär in Nordrhein-Westfalen. Auswahlfähig

heiße, so fügt er hinzu, dass 112,5 Ausbildungsplätze für 100 Jugendliche zur Verfügung stehen müssen. „Da der Staat die Ausbildung aber nicht selbst durchführen kann, muss dieser die Wirtschaft zur Ausbildung verpflichten. Deshalb fordert die Gewerkschaftsjugend seit langem eine Ausbildungsplatzabgabe. Wir möchten, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit zur Ausbildung haben.“ Es herrscht eine verquere Situation in Deutschland: Unternehmen beklagen, dass sie nicht alle Ausbildungsplätze besetzen können,

gleichzeitig gibt es jedes Jahr einen hohen Überhang an Jugendlichen, die immer noch einen Ausbildungsplatz suchen. „Das hat zum Beispiel damit zu tun, dass sich nicht jeder Jugendliche, der gerne eine kaufmännische Ausbildung machen möchte, drängen lässt, statt dessen Metzgerfachgehilfe oder Fleischereifachverkäufer zu werden“, weiß Thomas Hay. „Gleichzeitig gibt es aber auch immer wieder Jugendliche, die im weitesten Sinne noch nicht ausbildungsfähig sind.“ Unternehmen kritisieren immer wieder, dass Jugendli-

# Sicherheit Gerechtigkeit Perspektiven



## Wir treffen uns in Frankfurt!

**Zentrale Jugend-  
kundgebung**  
*„Operation Über-  
nahme“*

*5. September 2009  
10-11 Uhr  
Frankfurt/Main  
Alte Oper*

## Große Arena- Kundgebung

*„Schluss mit der  
Ungerechtigkeit!  
Gemeinsam für  
ein gutes Leben!“*

*5. September 2009  
13-16 Uhr  
Frankfurt/Main  
Commerzbank-  
Arena*

# 60% der jungen Beschäftigten arbeiten in prekärer Beschäftigung!



che die dreieinhalbjährige Ausbildung nicht überstehen. Ihr Schluss aus dieser Situation: Die Ausbildung muss verkürzt werden. So wurde zum Beispiel der Ausbildungsberuf zum Oberflächenbeschichter bzw. -beschichterin geschaffen. Dies ist die verkürzte Ausbildung des Malers und Lackierers. Was sich zunächst gut anhört,

ist für die Auszubildenden jedoch fatal, weil sie aus Gewerkschaftssicht nur unzureichend qualifiziert werden und so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt rapide abnehmen. „Wer eine solche Ausbildung macht, landet anschließend mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Niedriglohnsektor“, so Thomas Hay. Er fordert: „Wir müssen

den Jugendlichen mehr Zeit geben, statt weniger!“ Um dieser Situation gerecht zu werden wurde der Tarifvertrag zur Förderung von Ausbildungsfähigkeit (TV FAF) zwischen dem IG Metall Bezirk Nordrhein-Westfalen und dem Verband der Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen geschlossen. Damit soll für Jugendliche mit Förderbedarf eine einjährige Qualifizierungsphase vor eine reguläre Ausbildung gestellt werden. „Das ist für uns ein neuer Weg zur Lösung des Problems bei der Beset-

zung von Ausbildungsplätzen. Wir wollen damit erreichen, dass Jugendliche mit Förderbedarf fachlich und auch charakterlich qualifiziert werden und dass die Unternehmen ihre aktuellen und künftigen Fachkräftebedarfe decken können.“ Dabei ist der Begriff der Förderung der Ausbildungsfähigkeit nicht unumstritten. Zwar gibt es auf staatlicher

Ebene verschiedene Angebote. Sie reichen vom Einstiegsqualifizierungsjahr über das Berufsgrundschuljahr bis zum Werkstattjahr. Aber oftmals haben Schülerinnen und Schüler nach Abschluss dieser Weiterbildungen nicht mehr Chancen als vorher, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. In seiner Bewertung zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes „Partizipation statt Ausgrenzung“ kam der DGB zu dem Schluss: „Vielfach werden auch Jugendliche, die nur wegen fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze ohne Ausbildungsstelle bleiben, auf die berufliche Vorbereitung verwiesen. Statt sie in Warteschleifen abzuschieben, müssen vorhandene gleichwertige Ausbildungsgänge an den verschiedenen Lernorten genutzt und ausgebaut werden.“ Vor diesem Hintergrund ist insbesondere die Verbindung zur Arbeitswelt wichtig, wie auch Thomas Hay betont: „Für uns ist die Integration in normale Betriebsabläufe wichtig. Deshalb haben wir diesen Ansatz im Tarifvertrag ge-

wählt, der es den Jugendlichen ermöglicht, über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr tiefere Erfahrungen im Betrieb zu sammeln. Gleichzeitig konnten wir dem Schulministerium abringen, eigene Fachklassen einzurichten. Voraussetzung dafür ist, dass mindestens vierzehn Jugendliche, die sich in einer Region über den Tarifvertrag qualifizieren lassen, gefunden werden. In normalen Klassen finden sich dagegen oft 30 und mehr Schülerinnen und Schüler.“ Um die Jugendlichen auch außerhalb der Schule im Betrieb zu begleiten und zu unterstützen, erhalten die Lehrkräfte ein Vollzeitstundendeputat. Sie geben an zwei Tagen in der Woche Unterricht und an den restlichen drei Tagen haben sie Zeit, die Jugendlichen in den Betrieben zu begleiten und individuelle Förderpläne zu erstellen. Obwohl die Jugendlichen bis zu einem Jahr im Betrieb bleiben und dabei an zwei Tagen in der Woche die Berufsschule besuchen, handelt es sich dennoch nicht um eine Ausbildung. „Die Jugendlichen haben zwar

Schülerstatus aber keinen Ausbildungsstatus“, erläutert Thomas Hay. Allerdings erhalten sie eine Vergütung, die sich an der Vergütung des ersten Ausbildungsjahres in der Metall- und Elektroindustrie anlehnt. In den ersten drei Monaten erhalten sie 75 Prozent, anschließend steigt sie gestaffelt auf 90 Prozent an. In Summe sind das dann zwischen 570 Euro und 690 Euro. „Das kann sich sehen lassen“, findet Thomas Hay. Inzwischen gilt der Tarifvertrag seit einem Jahr. Als die Angebote veröffentlicht wurden, gab es Hunderte von Anfragen von Jugendlichen, Lehrerinnen und Lehrern und Eltern, erzählt Thomas Hay. „Mir hat zum Beispiel ein Jugendlicher geschrieben: ‚Ich bin an der Förderung meiner Ausbildungsfähigkeit interessiert‘. Das lässt tief blicken und macht die prekäre Situation vieler Jugendlicher deutlich“, findet der Gewerkschaftssekretär. Die Nachfrage bei den Unternehmen gestaltete sich dagegen bislang nicht so reibungslos. Erst ein Unternehmen beteiligt sich gegenwärtig an dem freiwilligen Tarifvertrag. Dabei gewinnen auch die Be-

triebe. „Wenn sie auch nur einen ihrer Ausbildungsplätze nicht besetzen können, weil sie nicht den oder die passende Bewerber/in finden, kann dieser Tarifvertrag helfen. Ein Blick auf die demografische Entwicklung sollte ihnen genügen, um den Sinn zu sehen. Sie benötigen qualifizierte Fachkräfte“, erklärt Thomas Hay. Das sieht auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen so. Sie wollen den

„Tarifvertrag zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit“ durch ein Projekt unterstützen. „Dazu sollen in zwei Kernregionen Betriebe angesprochen werden, sich zu beteiligen. Wir möchten ihnen ihre Sorgen nehmen und Schüler und Betriebe zusammen bringen“, erklärt Thomas Hay. „Nur so kann der Tarifvertrag mit Leben gefüllt werden.“

## FÖRDERUNG JUNGER FACHKRÄFTE UND INGENIEURE IN BAYERN

Auch in Bayern konnte ein weiterer Schritt zur Sicherung von Beschäftigten und Auszubildenden getan werden. Im Mai dieses Jahres einigten sich die IG Metall Bayern und der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM) auf eine gemeinsame Tarifvereinbarung zur Sicherung von Beschäftigung und Ausbildung. In diesem wird unter anderem eine „Beschäftigungsbrücke Bayern GmbH“ für junge Facharbeiter und Facharbeiterinnen gegründet. Wenn sie nach erfolgreicher Ausbildung wegen der wirtschaftlichen Lage nicht übernommen werden, sollen bis zu 500 von ihnen für weitere 18 Monate beschäftigt werden. Sie erhalten tarifliche Bezahlung ohne Leistungs-zusätze und erhalten einen vorrangigen Einstellungsanspruch. Auch 500 junge Ingenieure und Ingenieurinnen, die das Studium erfolgreich beendet haben, sollen bei der Beschäftigungsbrücke Bayern beschäftigt und dann für vier Tage pro Woche an Betriebe verliehen werden.

Weitere Informationen: [www.igmetall-bayern.de](http://www.igmetall-bayern.de)



## „Ich möchte nicht die nächsten Jahre Scheinwerfer produzieren!“



***Naciye Mehmet-Oglou arbeitet bei einer Leiharbeitsfirma. Mit der IGMigration sprach sie über Leiharbeit, die Krise und ihre Träume.***

Als wir mit ihr sprechen, ist Naciye gerade auf dem Weg zur Arbeit. Sie ist immer in Hast. Einen Termin am Vortag musste sie absagen. „Wir haben seit Anfang des Jahres Kurzarbeit. Gestern rief meine Firma an und hat mir mitgeteilt, dass ich in der Spätschicht arbeiten kann.“ Naciye, die nicht möchte, dass wir ihre Firma namentlich

nennen, freut sich über die Möglichkeit, wieder zu arbeiten. „Ich arbeite gerne. Ich war eigentlich immer glücklich da, wo ich arbeite.“ Tatsächlich ist sie voller Tatendrang. „Ich kann nicht stillsitzen, ich muss immer irgend etwas machen. Sonst gehe ich seelisch kaputt“, sagt sie über sich selbst. Ihre Arbeitskollegen haben sich gefreut, als sie nach drei Monaten wieder in die Firma kam. „Unser Muntermacher ist wieder da“, haben sie gesagt. Denn Naciye ist ein fröhlicher und aufgeschlossener Mensch. Ihre privaten Probleme zeigt sie nicht nach außen. Aber nicht immer kann sie ihre Sorgen verdrängen: „Mein Mann ist arbeitslos. Er hat die Schule abgebrochen und keinen Beruf erlernt. Er springt von einer Leihfirma in die nächste. Immer nur befristet. Solange sie ihn brauchen, beschäftigen sie ihn, ansonsten wird er entlassen.“ Während der Arbeit hat ihr Mann vieles gelernt. „Er kann alles, was Einrichter und Schlosser machen. Aber leider hat er keinen Ausbildungsabschluss. In Deutschland zählt nur ein Diplom oder ein Abschluss. Berufserfahrung wird nicht anerkannt“, erzählt sie resigniert. Zwar sieht ihr Mann immer wieder Anzeigen in der Zeitung, aber dass wirklich Stellen dahinter stehen, glaubt sie nicht mehr. „Ich denke, das ist einfach nur PR. Die Firmen wollen zeigen, dass sie in der Zeit der Krise noch da sind, aber eingestellt wird dann eigentlich keiner“, sagt sie.

Als wir sie nach ihrer Herkunft fragen, sagt die 32-Jährige: „Meine Eltern sind aus der Türkei, aber ich bin hier geboren und aufgewachsen.“ Sie überlegt kurz. Dann sagt sie be-

stimmt: „Ich will nicht sagen, ich bin Türkin oder ich bin Deutsche. Ich bin Europäerin, ich bin ein Mensch. Für mich gibt es keine Ausländer – nur Menschen.“

Sie selbst hat die 12. Klasse abgeschlossen, danach geheiratet. Ihre Tochter ist inzwischen zehn Jahre alt. Zeit hat Naciye für sie allerdings kaum. „Ich gehe nebenbei arbeiten, sonst würde es nicht klappen“. Das heißt, sie arbeitet fünf Tage im Akkord Spätschicht bei der Autozuliefererfirma und am Wochenende im Service in der Gastronomie. „Wenn mein Mann einen sicheren Job hätte, könnte sie vielleicht in die Frühschicht wechseln und müsste nicht mehr zusätzlich arbeiten gehen“, sagt sie. Und so, wie sie es sagt, klingt es wie ein ferner Traum.

In den letzten drei Monaten hat sie an einer Weiterbildung teilgenommen. „Unsere Firma hat im Frühjahr Kurzarbeit angemeldet. Damals hieß es: Aufhebungsvertrag mit Abfindung oder Teilnahme an einer Weiterbildung.“ Viele ihre Kolleginnen fürchteten sich aber vor der Weiterbildung. Gerade die ausländischen Kolleginnen hatten Angst, dass ihre Deutschkenntnisse nicht reichen würden. Das Gerücht ging um, dass bei Nichtbestehen der Weiterbildung auch die vertraglich festgelegte Abfindung wegfallen würde. Aus Unwissenheit ließen sie sich dann auf den Aufhebungsvertrag ein. Dabei waren sie durch die Kurzarbeit geschützt, ihr Arbeitgeber hätte ihnen nicht kündigen können. „Sie stehen jetzt wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung“, sagt Naciye ohne jeden Sarkasmus in der Stimme. Dann fügt sie leise hinzu. „Aber da ist nichts.“ Gerade unterstützt Naciye die Wahlen zum Betriebsrat. Nur wenige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Leiharbeitsfirmen haben es bisher geschafft einen Betriebsrat aufzustellen. Ein wenig stolz klingt in ihrer Stimme mit, als sie davon erzählt, dass es ihnen gelungen ist. Beim Kongress Junge Generation der IG Metall in Berlin hat sie über ihre Erfahrungen als Leiharbeiterin berichtet. „Die Teilnahme an dem Kongress hat mich so richtig aufgeweckt“, sagt sie nachdenklich. Und „Ich fand es richtig

toll, in der Podiumsrunde zu sitzen.“

Als ihre Firma sie vor die Entscheidung stellte Weiterbildung oder Aufhebungsvertrag, hat sich für die Schule entschieden. Sie konnte zwischen Metall, Elektrotechnik, Lager, Logistik und Informatik auswählen. Als es dann jedoch soweit war, gab es nur noch Plätze bei der Elektrotechnik. „Viele waren demotiviert. Sie wollten nicht das Ohmsche Gesetz oder ähnliches lernen. Wir hatten Interesse an anderen Dingen, aber die standen nicht zur Auswahl“, kritisiert Naciye. Dennoch sagt sie, habe sie viel in der Weiterbildung gelernt. Wohl auch, weil ihr Dozent sie zum Nachdenken anregte. „Der hat uns motiviert. Uns vor Augen gehalten, dass wir uns selbst bewegen müssen. Wir haben uns abhängig gemacht von einer Firma, weil wir keine Perspektive gesehen haben. Aber daran können wir etwas ändern.“

Inzwischen hat sie sich in der Lippe-Schule schlau gemacht und sich über eine Weiterbildung informiert. „Ich möchte vielleicht meinen Betriebswirt machen. Das dauert vier Jahre in Teilzeit oder zwei Jahre in Vollzeit. Allerdings muss ich es mir noch überlegen. Anmelden kann ich mich wieder im nächsten Februar. Dann schaue ich, wie die Lage bei meiner Firma ist. Wenn ich weiterhin arbeiten kann – sehr gerne. Ich bin auf das Geld angewiesen.“ Dennoch stellt sie klar: „Aber dann würde ich mich trotzdem für die Teilzeitausbildung als Betriebswirtin anmelden und die Schicht wechseln. Dann könnte ich tagsüber Frühschicht machen und abends die Schule.“ Minderwertig fand sie ihre Arbeit nie. „Ich arbeite gerne da, auch wenn das kaum einer glaubt.“ Dennoch: „Irgendwann habe ich gedacht, ich möchte doch nicht die nächsten 35 Jahre Scheinwerfer produzieren.“



### Ausbildungsplatzangebot in der Krise



Die Finanzkrise hat den Lehrstellenmarkt erreicht. Nach einer repräsentativen Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) im Frühjahr unter rund 1.000 Unternehmen beab-

sichtigen 25 Prozent der Betriebe weniger Ausbildungsplätze anzubieten. Gleichzeitig gaben allerdings auch 22 Prozent an, ihr Ausbildungsplatzangebot im Vergleich zum letzten Jahr zu steigern, immerhin 32 Prozent planen ihr Engagement auf dem Vorjahresniveau zu halten. Besonders schwierig gestaltet sich die Situation laut der Befragung bei Betrieben aus dem Bereich Industrie und Handel, insbesondere bei export- und konsumabhängigen Branchen. Ein Drittel dieser Unternehmen plant eine Verringerung des Ausbildungsplatzangebotes im nächsten Jahr. Im Handwerk zeigt sich die Situation dagegen etwas positiver. Hier wollen mehr Betriebe (29 Prozent) ihr Ausbildungsengagement im Vergleich zum Vorjahr ausweiten (21 Prozent).

Mehr zur Studie unter [www.bibb.de](http://www.bibb.de)

### Mixopolis und Beroobi



Hinter diesen Namen verbergen sich zwei durchaus sehenswerte Webseiten von „Schulen ans Netz e. V.“ zum Thema berufliche Integration. Mixopolis wendet sich insbe-

sondere an Jugendliche mit Migrationshintergrund. Diese finden auf der Website interessante Informationen zu Beruf, Gesellschaft und Jugendkultur. Ehrenamtliche E-Mentorinnen und E-Mentoren helfen bei Fragen rund um die Berufsausbildung weiter. Um verschiedene Berufsbilder kennen zu lernen, kann man sich auf beroobi umsehen. In Videos erzählen Auszubildende von ihren täglichen Aufgaben. Erfahrungen können auf einer Community ausgetauscht werden.



[www.mixopolis.de](http://www.mixopolis.de) und [www.beroobi.de](http://www.beroobi.de)

### Europäische Webseite für Integration



Eine neue Webseite der Europäischen Kommission soll dazu beitragen, positive Beispiele der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu

verbreiten und die Integrationspolitik und –praxis zu fördern. Nutzer und Nutzerinnen der Seite können Ansätze austauschen und sich über aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union auf nationaler und lokaler Ebene informieren.

<http://ec.europa.eu/ewsi/de/index.cfm>

### ...von Novosibirsk nach Nürnberg



Die betriebliche Handlungshilfe für die Werbung von russischsprachigen Beschäftigten erscheint demnächst. Diese Broschüre bietet Betriebsräten, Jugendvertretungen und Vertrauensleuten wichtige Informationen, um russischsprachige Beschäftigte verstärkt für die IG Metall zu

gewinnen und um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Sie kann bezogen werden über Arvato. Produkt-Nummer: 16648-23932

Weitere Informationen über [igm-migration@igmetall.de](mailto:igm-migration@igmetall.de)

## Mehrsprachigkeit als Wettbewerbsvorteil



Menschen mit Migrationshintergrund bringen oftmals weit mehr Potentiale ins Arbeitsleben ein, als wahrgenommen werden. Mehrsprachigkeit ist ein Beispiel dafür. In welchen Bereichen Mehrsprachigkeit genutzt werden und wie sie erschlossen werden

kann, untersuchten nun im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge Forscher und Forscherinnen der Universität Hamburg. Das Ergebnis: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und entsprechenden Sprachkenntnissen können zum Wettbewerbsvorteil werden. So entwickeln insbesondere kleine und mittlere Unternehmen immer häufiger internationale Geschäftsbeziehungen für die gute Fremdsprachenkenntnisse benötigt werden. Die Studie „Nutzung der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund“ kann unter [www.bamf.de](http://www.bamf.de) heruntergeladen werden.

## Diskriminierung im Betrieb:



### Was kannst Du dagegen tun?

Die Handlungshilfe hat zum Thema, wie man gegen Rassismus im Betrieb vorgehen, sich rassistischen Angriffen entgegenstellen und sie verhindern kann.

Die Broschüre wird vom IG Metall Vorstand, Ressort Jugendarbeit und -politik, zunächst ausschließlich als PDF-Datei veröffentlicht.



## Deine Meinung zählt - schreib uns,

was du zu sagen hast! Zu einem der hier behandelten Themen oder zu einer Sache, die dir unter den Nägeln brennt. Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** – per E-mail: [ig-migration@igmetall.de](mailto:ig-migration@igmetall.de)

oder mit der Post an:

IG Metall Vorstand, Ressort Migration  
Wilhelm-Leuschner-Str. 79  
60329 Frankfurt am Main

## Mitglied werden – so geht's:

### Beitrittserklärung Änderungsmittlung

Name		Vorname	
Straße/Hausnummer			
Postleitzahl/Wohnort			
Telefon		Geburtsdatum	
E-Mail			
Betrieb: Name und Ort			
<input type="radio"/> z. Zt. vollbeschäftigt	<input type="radio"/> teilzeitbeschäftigt	<input type="radio"/> männlich	<input type="radio"/> weiblich
<input type="radio"/> Auszubildende/r bis voraussichtlich:			
<input type="radio"/> gewerbli. Arbeitnehmer/in	<input type="radio"/> Angestellte/r	<input type="radio"/> kaufm.	<input type="radio"/> techn.
<input type="radio"/> Meister			
Nationalität		Änderung des bisherigen Status	
Mitgliedsbeitrag (1% des monatl. Bruttowehldienstes)		ab Monat	
geworben durch (Name und Betrieb)			

Bitte abgeben bei IG Metall Betriebsräten/ Vertrauensleuten, der IG Metall Verwaltungsstelle, oder schicken an: IG Metall Vorstand, FB Kommunikation und Medien, Ressort Werbung, 60329 Frankfurt/Main

Mitgliedsnummer		Verwaltungsstelle	
<b>Einzugsermächtigung/Bankverbindung</b>			
Kto.Nr.		Bankleitzahl	
Name des Kreditinstituts			
in PLZ		Ort	
<p>Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Zugangsort) für die Eintragung dieser Daten.</p> <p>Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Die für den Beitragsentzug nötigen Daten werden zwischen der IG Metall und dem Geschäftsbank – bei LaMischung mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch über alle gespeicherten Daten. Hiermit ermächtige ich ausdrücklich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 4 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttowehldienstes bei Fälligkeit einzuziehen.</p> <p>Diese Ermächtigung erstreckt sich im Rahmen der von dem Ortsvorstand der IG Metall festgelegten Kassenungsart (§ 4 Ziff. 3 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Ablauf von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Beitrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Dies schließt die Weitergabe der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Unstimmigkeiten, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall melden. Die vorstehenden Daten werden zum Zweck der Mitgliederbetreuung von der IG Metall erhoben und unter Beachtung des BDSG verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Center der IG Metall. Den vorstehenden Hinweis zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.</p>			
Datum und Unterschrift			

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG-Metall Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet:  
[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)  
per Telefon: 069/6693-2578  
per E-Mail: : [mitglieder@igmetall.de](mailto:mitglieder@igmetall.de)



zu guter letzt...

## „Wohin mit den Kindern?“

Vereinbarkeit von Arbeit und Lernen unterstützen



*Vielen Eltern stellt sich diese Frage. Das IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel bietet deshalb ganzjährig Seminare mit begleitender Kinderbetreuung an. Bis zu zwanzig Kinder im Alter von drei bis zwölf Jahren, nach Absprache auch jüngere und ältere, werden in einem ein- bis zweiwöchigen Seminar-Rhythmus kostenfrei betreut. Während der Sommerferien (Juli – August) verändert sich die Altersgrenze von sechs bis 14 Jahren. Außerhalb der Schulferien kann im Einzelfall die Altersgrenze, nach telefonischer Absprache, auf ein Jahr gesenkt werden.*

Während die Eltern im Seminar diskutieren und lernen, erfahren ihre Kinder in der Betreuungseinrichtung, die die IG Metall gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) betreibt, neue Eindrücke. Akrobatik, Zirkus, Ausflüge in Freizeitparks, schwimmen und vieles mehr steht auf dem Plan für die Kinder. „Für die Kinder ist das wie Ferien“, erzählt

André Rimpel vom Kindertreff. „Sie werden hier von ausgebildeten Pädagogen betreut.“

Seit Juni diesen Jahres führt die Kita das Zertifikat „Interkulturelle Einrichtung“. André Rimpel besuchte dafür einen einjährigen Lehrgang der AWO westliches Westfalen. In vier Blöcken ging es an jeweils zwei Tagen um Kultur und Interkulturali-

tät. „Ein Ansatzpunkt war dabei zunächst einmal die Sensibilisierung für die eigene Kultur. Außerdem haben wir uns mit Konfliktlösung und interkulturelle Kommunikation beschäftigt.“ Sein Wissen hat André Rimpel in einer Schulung an seine beiden Mitarbeiterinnen weitergegeben. Nun hofft er, dass mehr Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund ihre Kinder zu den Veranstaltungen mitnehmen: „Bislang nutzen ausländische Kolleginnen und Kollegen unsere Kindertagesstätte deutlich weniger als Deutsche. Wir würden uns freuen, wenn sie öfter ihre Kinder mitbringen und unser Angebot nutzen.“

Wer an dem kostenlosen Angebot für Seminarteilnehmende im Bildungszentrum Sprockhövel interessiert ist, kann sich informieren bei:

**IG Metall-Bildungszentrum**  
Tel. 0 23 24 – 7 06-0  
[sprockhoevel@igmetall.de](mailto:sprockhoevel@igmetall.de)  
<http://www2.igmetall.de/homepages/bz-sprockhoevel/>

**AWO-Kita IG Metall**  
**André Rimpel**  
**Otto-Brenner-Straße 100**  
**45549 Sprockhövel**  
Tel. 0 23 24 – 70 63 91  
E-Mail: [kindertreff@awo-en.de](mailto:kindertreff@awo-en.de)  
[www.kita-igm.de](http://www.kita-igm.de)